

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei seiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,00 Mk., bei Zustellung unter Schriftband 4,50 Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate sollen die achtspaltige Kompositionelle, oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen im festgesetzten Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 25 Pfg., Leserkostenzuschlag 50 Pfg., Sammler- und Verkaufungsanzeigen nach der Zeitangabe fest. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Beschluß für den Frieden.

Die Entscheidung gefallen.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Weimar, 22. Juni.

Die Plenarsitzung der Nationalversammlung dauerte vier Stunden und wurde dann am morgen nachmittags 3 Uhr vertagt. Die Rede des Ministerpräsidenten Bauer wurde von ihm schwach vorgetragen. Sie brachte zum Schluß, nachdem Bauer vorher alle Gründe zusammengetragen hatte, die unbedingt für die Unterzeichnung des Friedensvertrages sprechen, die überraschende Wendung, daß die Regierung den Vertrag mit zwei Vorbehalten, wegen des Bekenntnisses der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und wegen der Auslieferung Wilhelm II. und der anderen Schuldigen, mache.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten sahen sich infolgedessen genötigt, um nicht mitschuldig zu sein an dieser Gefährdung des Friedenswerkes und um sich nicht den Vorwurf der Zweideutigkeit auszusprechen, den Rechtssozialisten und dem Zentrum fatalistisch zu erklären, daß sie der ursprünglich eingereichten Resolution, die Nationalversammlung billige die Erklärung der Regierung in der Friedensfrage, nicht zustimmen würden. Dadurch schien einen Augenblick die Lage des Ministeriums gefährdet, da mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß ohne die Stimmen der Unabhängigen diese Resolution keine Mehrheit finden würde.

Infolge dieser entschiedenen Weigerung der Unabhängigen Partei verstanden sich Rechtssozialisten und Zentrum dazu, die von unseren Genossen vorgelegene Form der Resolution zu akzeptieren. Damit war der Weg frei für eine vorbehaltlose Annahme der Friedensbedingungen und jedem gefährlichen Intrigenpiel ein halt geboten. Die Wichtigkeit dieser Wendung wurde besonders noch dadurch unterstrichen, daß Herr Meißner die Bedeutung der von den Unabhängigen veranlaßten Resolution in dem Sinne erläuterte, daß nunmehr die Regierung freie Hand zum bedingungslosen Unterschreiben habe.

Der Vorsitzende der rechtssozialistischen Fraktion Loebe-Breslau betonte mit großem Nachdruck die Notwendigkeit der Unterzeichnung des Friedens und hob, ebenso wie Genosse Naase, die Schuld am Zusammenbruch des deutschen Kriegstreibern zu. Graf Koszowski und Professor Stahl wiederholten oft Gehörtes, ohne auch nur eine einzige neue Note zu finden.

Unter der größten Aufmerksamkeit des vollbesetzten Hauses sprach dann Genosse Haase, der als einer der letzten Redner zu Worte kam. Er führte folgendes aus:

Der uns vorgelegte Friedensvertrag entspricht auch nach den Konzeptionen, die uns die Gegner gemacht haben, nicht unseren Grundansichten. Die letzten Vorschläge ändern an dem ursprünglichen Charakter der Friedensbedingungen nichts. Wenn wir trotz allem den Vertrag annehmen, so geschieht dies unter zwingender Gewalt; wir handeln aber dabei in voller Aufrichtigkeit: Wir wollen den Vertrag erfüllen, weil uns internationale Zusagen nicht Papierfetzen sind, aber es bestehen auch nach unserer Auffassung begründete Zweifel, ob wir den Vertrag selbst bei der größten Anstrengung werden erfüllen können. Trifft dieser Fall ein, so werden sich die Gegner damit abfinden müssen. Wo nichts ist, hat schließlich auch die Entente ihr Recht verloren. Wir wissen, daß durch den Friedensvertrag unserem Volke ungeheure Lasten auferlegt werden. Der materielle und der seelische Druck wird schwer zu ertragen sein. Aus vollem Verzeß fühlen wir mit all denen, die gegen ihren Willen von ihren Volksgenossen losgerissen werden. Wir verkennen auch nicht, daß durch den Vertrag gerade das Proletariat bei seinem sozialen Aufstieg und bei seiner politischen Machterweiterung gehindert wird. Dennoch

bleibt nichts anderes übrig, als die Annahme des Vertrages.

Die Ablehnung würde nicht nur die Hebel vergrößern, sie bedeutet vielmehr den sicheren Ruin. Daß unser Volk in diese traurige Lage gekommen ist, das verdankt es jenen ruchlosen Kriegstreibern und Kriegsverlängerern, deren es sich nicht bei Zeiten erwehrt hat. Das unwahre Gerücht, daß unser Heer nicht besiegelt worden sei, daß die Revolution und den Gegnern ausgeliefert habe, dient nur dem Zweck, die Schuldigen zu deden. Seit Juli 1918 war der militärische Widerstand gebrochen, infolge Niederlage auf Niederlage. Wäre nicht nach dem Wunsch und

Willen der Heerführer der Waffenstillstand herbeigeführt worden, so hätte die deutsche Armee auf dem Schlachtfeld ein Debakle erlitten, wie es die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat. Unser Volk war auf das äußerste erschöpft. Reserven waren nicht mehr herbeigekommen, das Vabanquespiel, das im Frühjahr 1918 begonnen wurde, war für Deutschland verloren und konnte nicht gut ausgehen. Das deutsche Volk hat in seiner überwältigenden Mehrheit, wenn auch leider zu spät, wer es uns Verderben getrieben hat; es lehnt sich jetzt mit aller Kraft dagegen auf, daß es von neuem ins Unglück gestürzt werde. Das wäre aber der Fall, wenn der Friedensvertrag verworfen würde, sind doch die Folgen mit aller Sicherheit vorzusahehen. Die Heere der Gegner würden in Deutschland schnell vorrücken. Es ist müßig, zu untersuchen, wie weit der Vormarsch gehen wird. Kein Mensch bezweifelt in diesem Augenblick mehr, daß sie mindestens das Ruhrgebiet besetzen und die Mainlinie abschneiden würden. Ist aber das Ruhrgebiet besetzt, so rollt nach zwei Wochen kaum mehr ein Eisenbahnzug, dann raucht kein Schornstein mehr in Deutschland, das Millionenheer der Arbeitslosen schwimmt dann um Millionen an.

Wer will dieses Unheil verantworten?

Noch kurzer Zeit würde das Hungergepenst durch die Masse des Volkes schreien, schrecklicher denn je. Denn die Entente würde nicht zögern, die Blockade auf das strengste durchzuführen und unserem Volke alle Lebensmittel zu entziehen. Die, die jetzt am lautesten rufen, „müße kommen, was da wolle“, würden allerdings auch dann nicht hungern. Sie haben sich während des Krieges gut oder mindestens genügend ernährt und würden auch weiter dazu in der Lage sein. Die durch die traurigen Ergebnisse des Krieges, durch den Hunger und die Not in fünf Jahren schon sehr körperlich aufgeriebenen und seelisch gemarterten Masse des Volkes würde geradezu zur Verzweiflung getrieben werden. In den Massen graut es ohnedies. Die Blut- und Wundenpolitik der Regierung, die Verletzung politischer Gegner, die Verhaftung von tausenden unschuldigen Arbeitern, die außerordentlichen Kriegs- und Standgerichte haben diese Stimmung erzeugt, die eine weitere Belastung jedenfalls nicht mehr erträgt. Wir dürfen in dieser Stunde auch nicht die 800 000 Kriegsgefangenen vergessen, die in fremden Ländern unfähig leiden. Wir dürfen nicht den Schmerz und Kummer ihrer Angehörigen, die in großer Zahl wirtschaftlich und seelisch zugrundegegangen sind, noch vernachlässigen. Unter den vielen Hungergehungern, die uns von Angehörigen der Kriegsgefangenen noch in letzter Stunde zugekommen sind, haben sich wohl auch jene befunden, die in Belgien von mindestens 15 000 Frauen von Kriegsgefangenen gefaßt wurden.

Wird der Vertrag nicht unterschrieben, dann ist der Rheinbund in greifbare Nähe gerückt.

Die in der letzten Zeit in den Rheinländern gespielte Komödie kann zu einem ernstlichen Drama werden. Die süddeutschen Staaten, die jetzt in engem Zusammenhang mit dem Deutschen Reich stehen wollen, werden dem Ansturm ihres Volkes, vor allen Dingen auch dem Verlangen der Kapitalisten, die ihr Vaterland suchen, wo es ihnen gut geht, nicht widerstehen können. Es besteht daher die dringende Gefahr, daß Süddeutschland von den übrigen Deutschland abgetrennt wird.

Die Lage erheischt ein klares Ja oder Nein. Der Abgeordnete Gräber hat mit Bestimmtheit und Entschiedenheit ausgesprochen, daß ein neuer Krieg unter allen Umständen vermieden werden müsse. Ich frage mich, wie kommt dazu die Erklärung des Ministerpräsidenten? Nachdem der Ministerpräsident in durchaus zureichender Weise dargelegt hat, in welcher Lage wir bei Ablehnung des Vertrages lämen, und nachdem er sich für die Annahme des Vertrages ausgesprochen hat, hat er schließlich zwei Vorbehalte an diese Bereitwilligkeit zur Unterschreibung geknüpft. Die Regierung will es ablehnen, die alleinige Schuld am Kriege anzuerkennen und sie will die uns im Ultimatum auferlegte Verpflichtung verweigern, die Schuldigen auszuliefern. Ist die Regierung dessen ganz gewiß, daß die Alliierten diese Vorbehalte annehmen werden? Hat sie die Garantie, daß sich die Alliierten mit dieser einschränkenden Forderung zufrieden geben werden, oder, best sie, wie alle vorhergegangenen Regierungen, in dieser ungeheuer schicksalsschweren Stunde des deutschen Volkes

wieder gefährliche Illusionen?

Es wäre unverantwortlich von einer Regierung, wenn sie trotz der Erkenntnis, welche furchtbaren Folgen eine Ablehnung der Forderungen hätte, an zwei Punkten des Vertrages und gerade

an diesen zwei Punkten den Vertrag scheitern zu lassen, einen neuen Krieg zu verursachen, um allein die Schuldigen der Verantwortung zu entziehen. Das wäre nicht nur Wahnsinn, das wäre ein noch größeres Verbrechen, als die Erklärung des Weltkrieges. Diese Fragen brauchen aber gar nicht die Friedensverhandlungen zu beschäftigen. Unsere Partei hat von Anfang an gefordert, daß unsere eigene Regierung die Dokumente über den Ausbruch des Krieges veröffentlicht und die Schuldigen zur Rechenschaft zieht. Wir haben insbesondere schon in der ersten Sitzung der Nationalversammlung dies Verlangen erhoben und wir haben auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß, wenn unsere Forderungen unberücksichtigt blieben, wir schließlich in eine peinliche Lage versetzt würden.

Der Ententekapitalismus will sich durch diesen Friedensvertrag stärken und das kapitalistische System in der Welt gegen den Fortschritt des Sozialismus wahren. Vergebliche Mühe. Nicht einer bürokratischen Planwirtschaft, sondern der sozialistischen Wirtschaftsweise gehört die Zukunft. Die Vorgänge der letzten Wochen in Frankreich, Italien und England beweisen, daß die Arbeiterklassen dort überall erwachen, daß große soziale Bewegungen im Gange sind, aber es würde durchaus irrtümlich, wenn man binnen wenigen Tagen und in den nächsten Wochen auf die vollständige Weltrevolution rechnen wollte. Die Weltrevolution schreitet vorwärts. Sie schreitet unaufhaltsam vorwärts, aber nicht so rasch, wie wir es wünschen. Und aus diesem Grunde muß der Friedensvertrag unterschrieben werden. Wir haben die volle Zuversicht und sind durch die lebhafteste soziale Bewegung in den genannten Staaten in dieser Zuversicht bestärkt worden, daß der Friedensvertrag schließlich durch die Solidarität des internationalen Proletariats, das überall zur Herrschaft kommen wird, abgeändert werden wird. Dem Ententekapitalismus können wir darum mit Zug und Recht zurufen: Ihr demüt und, daß Ihr zwingt und nicht! (Lebhaftes Bravo!)

Der neue Ministerpräsident.

Wenngleich dem neuen Kabinett als „vorübergehende Erscheinung“ hinsichtlich seiner Zusammenfassung keine übermäßige Bedeutung beizumessen ist, so hat doch die Wahl des Ministerpräsidenten in der ausgesprochenen kapitalistischen Presse eine gewisse Befriedigung ausgelöst. Bauer gilt, wie eine Berliner Mittagszeitung schreibt, „als ein sehr besonnener, verständiger und außerordentlich maßvoller Politiker“. Dieselben Mäuler betonen aber, daß der bisherige Reichsarbeitsminister auch sehr energisch sein kann. Er ist, so schreibt das bürgerliche Blatt weiter, „gegen den radikalen Flügel in seiner Partei und in der Gewerkschaftsbewegung mit großer Schärfe vorgegangen und hat noch auf dem Weimarer sozialistischen Parteitag eine Rede gegen die Radikalisierung der Angestelltenbewegung gehalten, die berechtigtes Aufsehen erregt hat“. Auch das „Berliner Tageblatt“ weiß von dem neuen Premierminister nur zu berichten, daß er sich nicht gelassen habe, gegen die sinnlosen Streiks und Arbeiterbewegungen in der letzten Zeit Stellung zu nehmen. Ebenso rühmt ihm die „Voss-Zeitung“ nach, daß seine Weimarer Rede „gegen das Streikfever und den Lohnraub“ der sich immer radikaler gebärdenden Angestelltenbewegung „von großer Wirkung gewesen sei. Also maßvoll gegen die Unternehmer und hart gegen die revolutionäre Arbeiterkraft, das Zeugnis wird dem Reichsarbeitsminister Bauer von Unternehmer- und Arbeiterseite gleichmäßig ausgestellt werden müssen.

Vielleicht hätte ihm die Unternehmerpresse zu seiner Präsidentenschaft noch mehr zugejubelt, wenn ihr bekannt gewesen wäre, daß Herr Bauer inzwischen gegen einzelne besonders unangenehme Führer der freien Angestelltenverbände einen persönlichen Verfolgungsfeldzug eingeleitet hat. Den einzelnen Organisationen der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände sind im Zusammenhang mit den Kommissionsberatungen über die Betriebsräte Kandidatenschriften Bauers zugegangen, in denen zwei Kommissionsvertreter der Arbeitergemeinschaft wegen der in der „Freiheit“ und in der „Räte-Zeitung“ veröffentlichten kritisch gehaltenen Artikel über jenen famosen Gehebenwart persönlich verächtlich werden, um so innerhalb der beteiligten Angestelltenorganisationen Mißtrauen gegen die Verhandlungsführer zu wecken.

In letzter Linie handelt es sich bei dieser Verfolgung einzelner Personen aus der freien Angestelltenbewegung um den Kampf gegen den Rätegedanken.

oder die Angestellten- und Arbeiterausschüsse vom 23. Dezember 1918 grundsätzlich das Mitbestimmungsrecht bekämpft und er hat auch jetzt in Weimar erneut eine Einführung ausdrücklich abgelehnt. Selbst die im März vom damaligen Kabinett den streikenden Angestellten gemachten Versprechungen sind gegen Bauers Willen erfolgt und daher auch jetzt in dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte nicht eingelöst worden.

Die revolutionäre Arbeiterschaft wird sich deshalb darüber klar sein müssen, daß, wenn Scheidemann in der Rätefrage vielfach schwankend gewesen ist, der jetzige Ministerpräsident Bauer als ein bewußter und leidenschaftlicher Gegner der Arbeiter-räte angesehen werden muß.

Die Zustimmungserklärung.

Weimar, 22. Juni.

Der Ministerpräsident Bauer hat im Namen der Reichsregierung heute nachmittag durch den Gesandten von Daniel in Versailles eine Note zugleich mit dem Abstimmungsresultat der Nationalversammlung über die Vertrauensfrage überreichen lassen.

Die Regierung der deutschen Republik gibt die in dem Schreiben vom 16. Juni 1919 geordnete Erklärung ihrer Zustimmung in folgender Form ab:

„Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Artikel 227 bis 290 des Friedensvertrages zu übernehmen.“

Verfertigung der internierten Schlachtschiffe.

Vernechtung von Milliardenwerten aus mißverstandenen Ehrbegriff.

Als im November 1918 die deutsche Flotte nach der englischen Küste auslaufen sollte, um dort durch eine letzte Schlacht zu versuchen, entweder zu fliehen oder „ehrenvoll“ zu sterben, weigerte sich die Besatzung der Schiffe, die Todesfahrt mitzumachen. Zehntausende von Menschenleben, Milliarden von Werten wurden durch diesen Akt revolutionärer Erhebung gerettet und damit gleichzeitig das Signal zur Erhebung der deutschen Arbeiterklasse gegeben.

Nunmehr haben die Offiziere, die aus mißverstandenen Ehrgefühl heraus damals den verbrecherischen Befehl zum Auslaufen der Flotte gaben, ihren Schwed auf andere Weise erreicht. Die auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen in der Scapa-Bucht internierten deutschen Schlachtschiffe und Kreuzer sind am Sonnabend, den 21. Juni, von den Mannschaften verlassen und gesprengt worden. Die Schiffe sollten nach Unterzeichnung des Friedensvertrages an die Alliierten ausgeliefert werden. Der „Ehrbegriff“ der Offiziere gebot, dem Feinde die Schiffe nicht zu übergeben. Sie wurden verbrannt, Milliardenwerte, die den Alliierten auf Umwegen ersetzt werden müssen, liegen in der Tiefe des Meeres.

Die Geschichte wird den Offizieren für diese Tat den ersuchten „Ruhm“ verlagern müssen. Sie war weder hehlig noch ehrenvoll. Sie stellt einen Akt verbrecherischen Wahnsinns dar, hervorgerufen durch ein mißverstandenes Ehrgefühl, für das das schwergeprüfte deutsche Volk die Kosten zu tragen hat. Der verbrecherische Akt kann gleichzeitig zu neuen Verwidelungen führen. Der deutschen Besatzung war das Recht zugestanden worden, ohne englische Bewachung an Bord zu bleiben. Jetzt wurde die Besatzung gewaltsam auf Anstiften der Offiziere in frevelhafter Weise mißbraucht.

Das deutsche Volk hat mit dem nichtswürdigen Streich nicht das mindeste zu tun. Die Verantwortung für diese Wahnsinnsthat fällt einzig und allein auf die Befehlshaber der Schiffe zurück. Das Volk aber — und in erster Linie wiederum die Arbeiterklasse — wird die Kosten für dieses Verbrechen zu tragen haben. — Ueber die Verfertigung liegen folgende Meldungen vor:

London, 21. Juni. (Reuter.)

Die Admiralität teilt mit: Heute nachmittag ist eine Anzahl der internierten Schiffe in der Scapa-Bucht von den Besatzungen verlassen und versenkt worden. Die Besatzungen befinden sich in sicherem Gewahrsam.

Reuter meldet amtlich: Alle in der Scapa-Bucht internierten deutschen Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer mit Ausnahme des Schlachtschiffes Baden sind versenkt worden. Desgleichen wurden fünf leichte Kreuzer versenkt, während die übrigen drei durch dort befindliche Schleppdampfer auf Strand gesetzt wurden. Achtzehn Zertrümmerer wurden auf Strand gesetzt, vier sind schwimmend, der Rest ist versenkt. Der deutsche Konteradmiral und die meisten Deutschen von Bord der Schiffe befinden sich unter Bewachung auf britischen Kriegsschiffen. Einige Boote von den Schiffen, die zum Stoppen aufgebracht wurden, weigerten sich dies zu tun und wurden beschossen. Eine geringe Anzahl Deutschen wurde getötet oder verwundet. Entsprechend den Waffenstillstandsbedingungen waren die Schiffe mit geringen deutschen Besatzungen ohne britische Wache an Bord interniert gewesen.

Ein Telegramm aus Edinburgh meldet: Es waren Verletzungen getroffen worden, um die deutsche Flotte am Montag zu besetzen, falls der Friede geschlossen würde, da die Schiffe in diesem Falle automatisch an die Alliierten übergegangen wären. Die deutschen Besatzungen der jetzt versenkten Schiffe hatten diese Absicht indessen vorausgesehen.

Amsterdam 22. Juni.

Nach einer Neutermeldung aus Thurso vom 21. mittags bildete das Signal einer roten Flagge das Signal für das Versenken der deutschen Schiffe. Die Besatzungen gingen in die Boote und ruderten dem Meer zu. Als die Bewachungsschiffe feuerten, sprangen die Deutschen in das Wasser und schwammen an die Küste.

Nach einer Meldung des „Telegraaf“ aus London vom 21. wurde nicht die rote Flagge, sondern die deutsche Flagge gehißt. Alle Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer mit Ausnahme der Baden, die noch treibt, sind gesunken. Das Versenken der Schiffe scheint lange gedauert zu haben, denn das erste Schiff sank kurz nach Mittag und das letzte erst um 4 1/2 Uhr.

Die Ablehnung der Militärs.

Vom Reichswehrgruppenkommando I erhalten wir folgende Mitteilung:

Am irrtümlichen Auffassungen einer Pressenotiz vorzugeben, legt General von Lüttich Wert auf die Feststellung, daß er der Auffassung ist, der von der Entente vorgeschlagene Friede könne nicht angenommen werden. General von Lüttich hat in Weimar in Uebereinstimmung mit den andern Generalen seiner Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß die Ausschaltung der entehrenden Schwachparagrafen die conditio sine qua non (unerlässliche Voraussetzung) für die Annahme des Friedens sei, selbst wenn alle andern Umstände Volk und Regierung gegen ihre Ueberzeugung zur Unterschrift zwingen würden.

Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß den Militärs wieder entscheidender Einfluß in den wichtigsten politischen Fragen eingeräumt wird, daß die Reichswehr ein politisches Instrument in den Händen der Generale ist, und daß diese Generale sich offen gegen die bedingungslose Anerkennung des Friedensvertrages auflehnen.

Rücktritt des Kriegsministers.

Der Kriegsminister Reinhardt hat den Reichspräsidenten um seine Entlassung gebeten, da er die Gefahren der Annahme der Friedensbedingungen für größer für das deutsche Volk halte, als die der Ablehnung. Der Reichspräsident hat dem Wunsche des Ministers um Entlassung Folge geleistet, ihn jedoch gebeten, weiter beratend an den Sitzungen des Ministeriums teilzunehmen.

Erste Seite so, zweite Seite anders.

Der „Vorwärts“ übernimmt in seiner Sonntagsausgabe eine Koliz aus der Korrespondenz des Herrn Heilmann, worin dieser uns den Vorwurf der Feigheit macht. Wir hatten verlangt, daß sich in der Nationalversammlung unter den Bürgerlichen und den Rechtssozialisten endlich ein Mann finde, der die Unterschrift unter den Friedensvertrag vollziehe und daraus glaube Heilmann einen Widerspruch mit unserer sonstigen Haltung konstruieren zu können. Ganz abgesehen davon, daß wir deshalb nicht die Verantwortung für den Friedensvertrag übernehmen können, weiß wir nicht die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen zu tragen haben, sondern daß diejenigen jetzt auch den Friedensvertrag zu unterzeichnen haben, die für die Kriegspolitik verantwortlich zu machen sind, so hat Herr Heilmann in derselben Korrespondenz selbst zugestanden, daß unsere Stellung sachlich durchaus gerechtfertigt ist. Auf Seite 2 der Ausgabe vom 21. Juni macht er uns den Vorwurf der Feigheit. Auf Seite 1 der gleichen Ausgabe liest man es aber ganz anders; da heißt es:

„Die Reaktion und die offenen oder verhehlerten Kommunisten kommen glücklicherweise gegenwärtig für die Leitung der Staatsgeschäfte nicht in Frage; sie können auch nur allein regieren, da keine andere Partei mit ihnen zusammengehen kann und sie ihrem ganzen Charakter nach diktorisch sind. Für die Alleinverantwortung der Arbeiterklasse ist das deutsche Volk und namentlich die deutsche Wirtschaft in ihrer internationalen Verflechtung noch nicht reif. Deshalb mußte die Aufrechterhaltung der Koalition ein wesentliches Ziel der Parteien sein und auch der erzwungene Friedensschritt mußte von einer möglichst starken Mehrheit gebilligt werden.“

Was bedeutet das? Herr Heilmann führt hier aus, daß der Mann, der die Regierung bilden und die Unterschrift unter den Friedensvertrag vollziehen sollte, nur aus den Reihen der Koalition entnommen werden konnte. Genau daselbe, was wir festgestellt haben. Man sieht also, was wir gestern schon an einigen Beispielen an der Kriegsvergangenheit Heilmanns gezeigt haben, daß ein Lügner und Fälscher leicht ertappt werden kann, wenn ihn sein Gewächtnis im Stiche läßt.

Zwei Noten der Alliierten.

Verailles, 21. Juni.

Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau richtete heute eine Note an den Gesandten von Daniel, in der er im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen mitteilt, daß die der deutschen Delegation am 19. Juni überreichte 300 Exemplare der Friedensbedingungen als authentischer Text mit allen Korrekturen und Abänderungen, welche namentlich infolge verschiedener deutscher Bemerkungen vorgenommen wurden, zu betrachten seien. Ferner wurde Herrn von Daniel eine Note der alliierten und assoziierten Mächte zugeföhrt, in der sie im einzelnen auf die in der deutschen Note vom 19. d. M. erwähnten Widersprüche zwischen dem Memorandum und dem der deutschen Delegation überreichten korrigierten Exemplar der Friedensbedingungen eingehen und sich bereit erklären, gemäß dem deutschen Vorschlag beim Friedensschluß ein Protokoll in dem die einzelnen noch unklaren Punkte festgelegt werden sollen, dem Friedensvertrag anzugliedern.

Ergänzungen des Friedensvertrags.

Paris, 21. Juni. (Reuter.)

Nach längerer Beratung beschloß der Vierterat, sechs Punkte der Clemenceauschen Punkte als Teil des Friedensvertrages in das Protokoll aufzunehmen. Den Deutschen wird mitgeteilt werden, daß der Rest der Note als ein Anzeichen für die Art betrachtet werden solle, wie der Vertrag ausgelegt werden wird.

Die Friedensfrage und Preußen.

Die preussische Landesversammlung wird sich am Mittwoch mit der Friedensfrage beschäftigen. In den letzten Tagen haben auch die Fraktionen der preussischen Landesversammlung zum Friedensvertrag Stellung genommen und, wie wir hören, sich in ihrer Mehrheit für Unterschriften ausgesprochen im Gegenjah zur Regierung, die im Staatenausschuß für Nichtunterzeichnung eingetreten ist. Um die Regierung zu stellen, hat die unabhängige Fraktion folgende Interpellation eingebracht:

„Die Vertreter der preussischen Republik haben Zeitungsnachrichten zufolge im Staatenausschuß gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrag Stellung genommen.“

Wie rechtfertigt die Regierung diese für das Wohl des preussischen Volkes verhängnisvolle Stellungnahme?

„Mit der Regierung bekannt, daß die Mehrheit der preussischen Landesversammlung ohne Zweifel im entscheidenden Augenblick für die Annahme des Friedensvertrages war?“

„Wie rechtfertigt die Regierung, daß sie in dieser so bedeutungsvollen Frage nicht mit der preussischen Landesversammlung Fühlung suchte, bevor sie im Staatenausschuß Stellung nahm?“

„Woher nahm die Regierung das Recht, im Gegenjah zur Landesversammlung den Friedensvertrag abzulehnen?“

„Welche Folgerungen gedenkt die Regierung zu ziehen?“

Rücktritt der Sachverständigen.

Weimar, 22. Juni.

Die in Weimar versammelten finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen der Friedensdelegation haben infolge der Stellung der neuen Regierung zur Friedensfrage sämtlich ihre Mandate niedergelegt. Es sind dies die Herren: Wilhelm Beutenberg, Wilhelm Guno, Louis Hagen, Philipp Heintzen, Oswald Hilger, Georg Lachien, Carl Reichard, Emil Georg v. Staub, Franz Urbig, Ray Warburg, Otto Wiedefeld, F. D. Wiltsoeff.

Genosse Braß aus der Haft entlassen.

Kemscheid, 22. Juni.

Das Mitglied der Nationalversammlung, Genosse Braß, ist gestern aus der Haft entlassen worden.

Die Unruhen in Kassel.

Kassel, 22. Juni.

Zu den bereits kurz gemeldeten Ausschreitungen in Kassel werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Am gestrigen Nachmittag kam es hier zu großen Tumulten, die ihren Ausdruck in zahlreichen Plünderungen der Hauptgeschäfte fanden. Einzelne Läden sind vollkommen ausgeraubt. Die Plünderer wurden in ihrer Tätigkeit hundertmal in keiner Weise gestört, so daß es ihnen möglich war, die geraubten Waren in aller Ruhe fortzubringen und in Sicherheit zu schaffen. Erst in später Abendstunde gelang es, von auswärts Militär heranzuziehen. Im Anschluß daran wurde dann der Belagerungszustand über die Stadt Kassel verhängt.

Rundgebungen französischer Matrosen.

Amsterdam, 22. Juni.

Nach einer Neutermeldung aus Brest vom 18. Juni, die in englischen Blättern vom 20. Juni veröffentlicht wird, kam es bei der Rückkehr des französischen Schlachtschiffes „Justice“ aus Swastopol, wo die Besatzung des Schiffes gequält und verlangsamt hatte, nach Frankreich zurückgebracht zu werden, zu Rundgebungen von französischen Matrosen, die mit roten Fahnen durch die Straßen zogen. Um 8 Uhr abends riefen 200 Demonstranten die Gitter der Baracken nieder, nach denen einige der Matrosen der „Justice“, die vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollten, eskortiert worden waren. Die Demonstranten verließen, ihre gefangenen Kameraden zu befreien, und es mußte Infanterieverstärkung zur Wiederherstellung der Ordnung aufgebracht werden.

Die österreichischen Sozialdemokraten gegen die Rätediktatur.

Wien, 22. Juni. (Korrespondenz.)

Im Kreisarbeiterrat erklärte im Laufe der Debatte bei der Erörterung über die Vorfrage am 15. Juni Präsident Seih: Die Sozialdemokraten könnten die Verantwortung für die Ausrichtung einer Rätediktatur heute nicht übernehmen. Gmies darauf hin, daß die Sozialdemokraten die Anwendung von Gewalt immer verabscheut hätten und richtete an die Kommunistenpartei die Aufforderung, vor Gewalt gleichfalls abzusehen und sich der Mehrheit untergeordnet. Eine Entschickung wurde angenommen, welche die kommunistischen Wünsche auf schärfste mißbilligt und die getroffenen Vorsichtsmaßnahmen als durchaus berechtigt erklärt.

Die deutschen Umtriebe in der Schweiz.

In dem Bomben- und Giftprozeß vor dem Züricher Schwurgericht, über dessen Beginn und Vorgeschichte wir unter der obigen Ueberschrift am 11. Juni berichtet hatten, ist inzwischen am 18. Juni das Urteil gesprochen worden. 17 Angekligte wurden freigesprochen, während die übrigen zu einem bis zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Wie Recht hatten die Verteidiger darauf hingewiesen, daß nur die verführten Idealisten auf der Anklagebank saßen, während die eigentlichen Urheber und Hauptschuldigen, die deutschen Agenten und ihre Hintermänner, es verstanden hätten, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. In der Tat hat der Verlauf des Prozesses die restlose Schuld der deutschen Regierung und ihrer Beauftragten an den Umtrieben dargelegt, und gezeigt, in welcher unerhörten Weise Deutschland durch seine Neutralitätsüberlebenden Handlungen die internationalen Beziehungen der Schweiz gefährdet hat. So haben die offiziellen deutschen Kuriers unübersehbare Mengen der gefährlichsten Sprengstoffe von Deutschland in die Schweiz gebracht; diese Sprengstoffe wurden zum Teil im deutschen Generalkonsulat in Zürich, zum Teil in den Räumen des deutschen Militärattachés in Bern aufbewahrt. Im Generalkonsulat wurden die Sachen verteilt und die Anarchisten mit Anweisungen und Geld versehen. So hat das wilhelminische Deutschland auch hier wieder wie in Belgien und in Luxemburg gezeigt, daß ihm die Neutralität eines Landes nur ein feines Papier war, wenn es sich um die Durchsetzung seiner imperialistischen Ziele handelte.

Im besonderen sei noch bemerkt, daß im Prozesse ausdrücklich festgestellt wurde, daß auch die Sekretäre des Fürsten von Bülow und des Herrn von St. Hammer die Bestrebungen mit tausenden von Franken unterstützt haben. Unsere erste dahingehende Notiz war also völlig richtig gewesen, und die uns von Herrn von St. Hammer überhandte Bestätigung, er selber und Fürst Bülow seien an den Umtrieben nicht beteiligt gewesen, war völlig überflüssig, da wir solches ja niemals behauptet hatten.

Präsident Hehrenbach eröffnet die Sitzung. Das Haus ist voll. Die Tribünen sind überfüllt. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer

Erklärung der neuen Reichsregierung.

Reichsministerpräsident Bauer widmet den auscheidenden Reichstag, insbesondere dem Ministerpräsidenten Scheidemann, seine warmen Dankes für ihre hingebende und aufopferungsvolle Arbeit. (Beifall links.) In diesem Dank soll auch die Arbeit der Friedensdelegation eingeschlossen sein. (Erneuter Beifall.)

Annahme oder Ablehnung.

zur Parteifrage werden. Wer sich ernsthaft der Frage beschäftigt hat, weiß ganz genau, ungeheuer schwer diese Entscheidung ist. Die Zeit der Erwägungen und Abwägungen ist vorüber, die Stunde der Entscheidung ist gekommen und damit die Stunde der Verantwortung. Die Reichsregierung ist sich vollkommen bewusst, dass die Zustimmung ihrer Mehrheit sie wohl im demokratischen Sinne anerkennen kann, aber sie weiß ebenso, dass sie trotz aller Rechtfertigungen haben kann, wenn sie sich schuldig macht, die Verantwortung für die Entscheidung zu übernehmen. (Beifall.)

die Vollmacht zur Unterzeichnung. Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzunehmen, dass das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen. (Beifall.)

zwei Anträge. Der erste Antrag Schulz (Soz.) - Gröber (Zentr.) Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus. Der zweite Antrag Schulz (Soz.) gibt für die Reichsregierung eine Erklärung ab, die besagt: Einmal sind wir in der tiefsten Lage unserer Geschichte, nun aber ist die Stunde der Entscheidung gekommen. (Beifall.)

Der erste Antrag Schulz (Soz.) - Gröber (Zentr.) Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus. Der zweite Antrag Schulz (Soz.) gibt für die Reichsregierung eine Erklärung ab, die besagt: Einmal sind wir in der tiefsten Lage unserer Geschichte, nun aber ist die Stunde der Entscheidung gekommen. (Beifall.)

wird. (Sehr richtig!) Mit schwerem Herzen, nach unausgesehenen Verhandlungen, nach reichlicher Prüfung aller Folgen haben wir uns doch zuletzt entschließen müssen, dieses Friedensinstrument hinzunehmen. Der Kapitalismus und der Imperialismus haben diesen Krieg hervorgerufen. Sie schloßen der Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt dem ausgesetzten Kreise tiefe Wunden. Wir sind der Überzeugung, daß auch die Feinde zu der Erkenntnis gelangen werden, daß viele Friedensbedingungen nicht zur Tat werden können. Die Absicht einer offenen und verteilten Nichtbeachtung der Friedensbedingungen darf niemals aufgetaucht werden. Unser Volk ist durch den langen Krieg und seine Wirkungen

wirtschaftlich, körperlich und seelisch zu sehr zermürdet, als daß wir auch nur auf kurze Zeit der Lebermacht der Gegner würden standhalten können. Unsere Kriegsgefangenen würden auf unabsehbare Zeit in fremder Anwartschaft zu schwachen haben, weitere Hunderttausende von Menschen würden in den Tod getrieben, unser Land würde zu einer Wüste, die Ernte vernichtet, unsere Volkswirtschaft ihrer letzten Werke beraubt, die Zufuhr von Lebensmitteln würde abgeschnitten, unsere wichtigsten Eisenbahnen lahmgelegt, auch die Verfügung über unsere Lebensmittel im Inland zur Unmöglichkeit gemacht werden; unsere Gegner können uns unsere letzten Kräfte rauben und alle Beiträge Hilfeleistungen. Einem solchen furchtbaren Trübsal vermag unser Volk nicht lange standzuhalten. Darum müssen wir den Vertrag unterzeichnen. Die Welt liegt in Trümmern, wir wollen sie neu aufrichten im Geiste der Völkerverständigung. (Beifall b. d. Soz.)

Der Antrag Schulz-Loebe-Gröber liegt nunmehr in folgender Fassung vor: „Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus.“

Abg. Gröber (Zentrum): Die Zentrumsfraktion nimmt den Erklärungen der Regierung zu und wird die neue Regierung, an deren Zusammensetzung sie sich beteiligt hat, unterstützen. Für diese Stellung des Zentrums ist entscheidender Gesichtspunkt, daß wir einen neuen Krieg unter allen Umständen vermeiden müssen. (Sehr richtig! links und im Zentr.) Das deutsche Volk hat nicht mehr die Kraft, einen Krieg mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Den schweren und kaum erfüllbaren Bedingungen stehen

Abg. Schiffer-Magdeburg (Dem.): Im Gegensatz zu den beiden Vordessenen muß ich dem Hause mitteilen, daß die weitaus überwiegende Mehrheit meiner Partei sich entschlossen hat, dem vorliegenden Friedensschluß

ihre Zustimmung zu versagen. (Beifall rechts und bei den Dem.) Ein solcher Friede ist unvereinbar mit der wirtschaftlichen, geistigen, kulturellen, sozialen, moralischen und politischen Fortschritt des deutschen Volkes und des deutschen Volkes. Am 12. Mai hatte die deutsche Volksvertretung einen wirklich großen Tag, als der Ministerpräsident davon sprach, daß die Hand des Bedenkens müsse, die einen solchen Vertrag unterzeichnen. Was ist seitdem geschehen, um diese Zielsetzung auszuführen? Nichts, oder so gut wie nichts. Wenn dieser Vertrag zur Wirklichkeit werden sollte, wird der größte Krieg, den je die Weltgeschichte erlebt hat, seinen Abschluß finden mit dem größten Verbrechen, das je einem Volke zugefügt worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Periode der Koalitionsregierung der drei Parteien ist nun abgeschlossen. Wir müssen auf sie zurück mit dem guten Gewissen der Erfüllung. Jetzt haben wir die Freiheit unserer Entscheidung wiedergewonnen und werden davon nach eigenem Ermessen Gebrauch machen. Wo die Anschauungen der Regierung mit den unsrigen übereinstimmen, werden wir den Weg zusammen zurücklegen bis zur Stelle, wo die Ansichten sich scheiden. Mit Ausnahme der Abgeordneten, die für die Unterzeichnung sind, werden wir gegen die Erklärung der Regierung in der Friedensfrage stimmen, aber bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum uns der Stimme enthalten. Genügend unterstützte Anträge auf

namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum und über die Friedensfrage laufen ein. Abg. Graf Poladomsky (Nat. Sp.): Vor den Loren steht der Feind und im Innern des Landes zeigen sich bedeutliche Auflösungserscheinungen. Wir haben uns alle Folgen überlegt, die eine Ablehnung des Friedensvertrages mit sich bringen müßte. Aber diese Folgen sind nur vorübergehend, während der Vertrag ungeschätzte Generationen unseres Volkes dem Feind preisgeben würde. (Sehr richtig! rechts.) Aber wir wollen uns alle die Hand reichen und darauf hinwirken, daß das deutsche Volk wieder seine politische Aufrechterhaltung erleben kann. Präsident Hehrenbach teilt mit, daß

der zweite Antrag dahin geändert wurde: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden.“ Während die frühere Fassung lautete: „Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages.“

Ministerpräsident Bauer: Ich kann die Versicherung geben, daß die Regierung alles tun wird, um den Schutz der Ostprovinzen sicherzustellen. Auf Grund der Verhandlungen, die mit der Entente stattgefunden haben, ist ja erreicht worden, daß wenigstens der Schutz der nationalen Minderheiten festgelegt ist. Es folgt die Rede des Abg. Paas (U. Soz.), die wir oben wiedergegeben haben. Ministerpräsident Bauer wendet sich gegen den Abg. Paas und die Unabhängige Sozialdemokratie, der er vorwirft, eine völlig verfehlte und erfolgswidrige Politik getrieben zu haben. Abg. Kahl (deutsche Volkspartei): Die deutsche Volkspartei lehnt einmütig diesen Frieden ab und sieht sich daher auch zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, einer Regierung, die eben zu diesem Zwecke sich gebildet hat, diesen Vertrag zu unterzeichnen, ihr besonderes Vertrauen zu bekunden. Es ist der erste weltgeschichtliche Fall, daß ein Friede ohne mündliche Verhandlungen abgeschlossen worden ist. Unserer Friedensdelegation und namentlich dem Grafen Brockdorff spricht die deutsche Volkspartei ihre ganz besondere Anerkennung für ihre ausgezeichnete Arbeit aus. (Beifall.) Wir lehnen den Vertrag ab, weil wir belogen und betrogen worden sind. Mit der Drohung des Einmarsches kann man uns nicht schrecken. Wir wissen uns in der Ablehnung einig mit vielen amtlichen Stellen, mit dem Gutachten des Grafen Kappeler, das ich nicht kenne (Gritzerleit) und mit dem Gutachten der zahlreichen wirklichen Sachverständigen von Versailles. Abg. Hörsing (Soz.): Im Namen der sozialdemokratischen Vertreter der Arbeiterschaft, die vor der Gefahr stehen, von Deutschland losgerissen zu werden, habe ich zu erklären. Wir erheben

den heißen Schmerz unsere Stimme, um in leidenschaftlicher Weise gegen die Fortsetzung unserer Heimat vom Mutterlande Protest zu erheben. Aber um unsere Heimat nicht dauernd zum Schauplatz neuer blutiger Kämpfe zu machen und unsere Frauen und Kinder nicht erneut den Schrecknissen des Krieges auszuliefern, haben wir uns dennoch mit blutendem Herzen entschlossen, dem Friedensvertrag unsere Zustimmung zu geben. Wir werden aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß früher oder später die von der Heimat getrennten Gebiete den Weg zum Vaterland zurückfinden werden. Wir gründen diese Hoffnung auf den Sozialismus (Lachen rechts) und auf den Völkerverbund. (Beifall links rechts.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Abg. Schulz-Bamberg (Dt. Nat.): Wir haben keine Klärung bekommen, wie die neue Fassung der Entschließung der Reichsparteien zu verstehen ist. Danach soll sich die Nationalversammlung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden erklären. Weder vom Regierungssitz noch aus dem Hause ist dazu irgendwelcher Vorbehalt gemacht worden. Soll das also heißen, daß auch ohne die Erfüllung der von dem Abgeordneten Gröber verlangten Voraussetzungen der Vertrag unterzeichnet werden soll? Unseren Rednern ist die Möglichkeit genommen worden, hierüber zu sprechen.

Präsident Hehrenbach: Auch den anderen Rednern ist durch den Schlußantrag das Wort genommen worden. Abg. Dr. Peim (Zentr.): Ich war der nächste Redner auf der Liste und hätte nur 15 Minuten sachlich gesprochen. Hier, wo es sich um Geschäfte handelt, hat man mir das durch den Beschluß meiner eigenen Partei unmöglich gemacht. (Lachen, Heil rechts.) Abg. Kieffer (Dt. Sp.): Wenn wir keine Auslegung für die zweite Fassung des Antrages der Reichsparteien erhalten, so entscheidet die juristische Auslegung. Sie würde dahin lauten, daß die Unterzeichnung des Vertrages ohne Vorbehalt erfolgt. (Heil, Heil rechts, Unruhe links.)

Abg. Paas (U. Soz.) wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen den Ministerpräsidenten: Die Massen verüben unsere Taktik. Das beweisen alle Wahlen der letzten Monate. Unter großer Anruhe wird zunächst zur Abstimmung geschritten über den Antrag:

Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen. Die Mehrheit besteht aus Sozialdemokraten, Zentrum, Unabhängigen und einer Minderheit der Demokraten; die Minderheit aus den Mitgliedern der deutschen nationalen Volkspartei, der deutschen Volkspartei und der Mehrheit der Demokraten. Es folgt die Abstimmung über den Antrag: Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus. In namentlicher Abstimmung wird dieses Vertrauensvotum mit 236 gegen 89 Stimmen bei 68 Stimmenthaltungen (Demokraten) erteilt. Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. Interpellationen; Besch über die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes, über die Versicherungsgemeinschaft, die Landeskontenliste u. a.

Vorbereitungen. Und wird mitgeteilt: Den Beamten der Generalkriegskasse wurden am Sonnabend für 2 Monate das Gehalt vorausbezahlt. Es wurde ihnen erklärt, daß in den nächsten Tagen Unruhen zu erwarten seien. Im März wurde den Beamten, die den dem Kriegministerium unterstellten Behörden angehören, für 4 Jahr das Gehalt vorausbezahlt. Damals erwartete man Unruhen von links. Heute rechnet man auf einen Umsturz von rechts. Mit der Gehaltszahlung auf Vorstich will man die lauen Elemente für sich gewinnen und die Treue zu den herrschenden Mächten für die Zeit der Umwälzung erhalten. Die Beamten der Wamba und des Kriegministeriums haben ihr Gehalt gleichfalls voraus empfangen. Auch bei anderen militärischen Stellen ist in der Weise verfahren worden.

Gewerkschaftliches. Die Berliner Metallarbeiter gegen jedes Kollektivabkommen. Sonntag vormittag tagte in der „Konfordia“ eine Generalversammlung des Berliner Metallarbeiterverbandes (Christenverwaltung Berlin), die Stellung nahm zu der durch die letzte Urabstimmung erfolgten Ablehnung der Beitragserhöhung und zu den Kollektivabkommen. In der abgelehnten Beitragserhöhung erblickte die Christenverwaltung ein Vertrauensvotum und stellte ihre Reklame zur Verfügung. Die Versammlung stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß die Beitragserhöhung nur infolge mangelnder Aufklärung der Mitglieder abgelehnt sei, und es wurde beschlossen, eine neue Urabstimmung einzustellen. — Nach zögerlicher Diskussion nahm die Versammlung hierauf folgenden Antrag an: „Die Generalversammlung erklärt sich prinzipiell gegen den Abschluß eines Kollektivabkommens für die Metallindustrie Groß-Berlins. Dieser Beschluß ist bindend für alle Branchen.“ Damit hat die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter sich für vollkommene Aktionsfreiheit gegenüber den Unternehmern entschieden. Wie werden noch ausführlich über diese Versammlung berichten.

Der drohende Poststreik. Der Streik der Postausbehalter, über dessen Ursache wir bereits berichteten, scheint zur Gewissheit werden zu sollen. Auf dem Postbediensteten in der Dorotheenstraße sind die Ausbehalter schon am Sonnabend Nachmittag 2 Uhr in den Streik getreten. Die entscheidende Versammlung, die über den Generalstreik beschließt, findet heute Abend statt.

Die freie Welt Rosa Luxemburg-Hefte Erscheint Mittwoch Preis 20 Pf.

